

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 12/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

dieses Jahr erscheint mir die Vorweihnachtszeit in der öffentlichen Debatte so aufgeregt und beanspruchend zu sein wie selten zuvor. Umso mehr wünsche ich Ihnen persönlich weiterhin eine besinnliche Adventszeit. Die Frohe Botschaft des anstehenden Weihnachtsfestes geht uns alle an!

Das Parlament konnte diese Woche – endlich – für Klarheit sorgen: Olaf Scholz wurde das Misstrauen ausgesprochen, und bald haben es die Wählerinnen und Wähler in der Hand, über eine neue Regierung bestenfalls unter neuer Führung abzustimmen. Ich möchte das Jahresende und das nahezu zeitgleiche Ende der Ampel nutzen, um erste Bilanz zu ziehen. So werden Sie untenstehend zu verschiedenen politischen Themenfelder eine kurze Einschätzung meinerseits finden. Es wird deutlich, dass die Ampel in vielen Politikbereichen nur mäßig erfolgreich regierte, ja teilweise schlicht falsche Grundlagenentscheidungen getroffen hat. Aber ein Ende ist absehbar.

Bereits an dieser Stelle wünsche ich Ihnen besinnliche und von der Freude um Christi Geburt erfüllte Festtage. Genießen Sie das Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familie und Freunde. Für das neue Jahr 2025 wünsche ich Ihnen persönlich alles Gute und unserer Welt mehr Frieden und Freiheit aller Orten.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

DIE GESCHEITERTE VERTRAUENSFRAGE

Der Bundeskanzler hat die Vertrauensfrage nunmehr gestellt, und das Parlament hat mit eindrücklicher Deutlichkeit zu verstehen geben: Diesem Kanzler Olaf Scholz wird kein Vertrauen ausgesprochen. Dieser Kanzler Olaf Scholz hat das Vertrauen des Parlaments vielmehr verloren – und das der Bevölkerung gleich mit.

Diese Vertrauensfrage kam fast anderthalb Monate zu spät. Das vom Bundeskanzler verantwortete Gescharre um den Termin der Vertrauensfrage war schlichtweg mit der Würde des Amtes nicht zu vereinbaren. Wie kann Olaf Scholz sich hinstellen und behaupten, der Zeitplan liege außerhalb seiner Hände – obwohl doch gerade allein er derjenige ist, dem verfassungsrechtlich diese Möglichkeit offensteht? Das ist entweder bewusste Irreführung der Öffentlichkeit oder eine verfassungsrechtliche Ignoranz, die sich für einen Kanzler nicht gehört.

In seiner Rede anlässlich der Vertrauensfrage hat Olaf Scholz jeden Moment der Selbstreflexion über das eigene Scheitern der Ampel und sein Unvermögen, die Regierung zusammenzuhalten, vermissen lassen. Stattdessen zweckentfremdete er seine Rede für vorgezogene substanzlose Wahlkampftrahnen. Die zum Teil persönlichen Attacken auf den politischen Gegner, auch auf den ehemaligen Koalitionspartner, waren unangemessen. Wir stehen vor großen Herausforderungen, das Vertrauen in demokratische Institutionen, ja Politik generell, nimmt ab. Ich glaube, es hätte dem Diskurs gutgetan, mit ruhigem Blick selbstkritisch das Ende der Ampel zu analysieren. Dem war leider nicht so.

Nichtsdestotrotz herrscht seit dem vergangenen Montag nunmehr Klarheit: Es liegt jetzt am Bundespräsidenten, innerhalb der nächsten Tage den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Wir gehen davon aus, dass es bei dem seit längerem avisierten 23. Februar 2025 bleibt. Der Wahlkampf hat längst begonnen. Ich wünsche es mir nicht, aber ich bin mir leider sicher, dass es zwar ein kurzer, aber harter Wahlkampf werden wird. Dies aber wahrscheinlich nicht (nur) in der Sache, sondern auch im Persönlichen. Vielleicht erinnern Sie sich noch, wie die SPD 2005 ganz bewusst eine Anti-Personen-Kampagne gegen Angela Merkel geführt hatte – getreu dem Motto „Die kann es nicht“. Wir müssen wohl damit rechnen, dass aus allen Richtungen Friedrich

TERMINE

05.01.2025, 11:00 Uhr

Neujahrsempfang CDU Wermelskirchen
Bürgerzentrum, Telegrafenstr. 29-33,
42929 Wermelskirchen

05.01.2025, 17:00 Uhr

Mandolinenorchester Bergesklänge
„Konzert an der Krippe“
St. Barbara, Overath

07.01.2025, 18:00 Uhr

Neujahrsempfang Kreishandwerkerschaft
Forum Handwerk & Handel
Altenberger-Dom-Str. 200,
51467 Bergisch-Gladbach

09.01.2025, 18:00 Uhr

Neujahrsempfang IHK Köln
Flora Köln

10.01.2025, 10:00 Uhr

Neujahrsempfang Die Gute Hand
Bürgerzentrum, Telegrafenstr. 29-33,
42929 Wermelskirchen

20.01.2025, 20:00 Uhr

Bergischer Wahlkampfauftakt
mit Armin Laschet MdB und Herbert Reul MdL
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 27. – 31.01.2025

Deutscher Bundestag

03.02.2025

CDU Bundesparteitag
Berlin

Sitzungstage 10. & 11.02.2025

Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

Merz als Person und viele unserer Kandidatinnen und Kandidaten diffamiert und jedenfalls mit Worten direkt angegriffen werden. Ich bin Friedrich Merz sehr dankbar, dass er sich – zuletzt in dieser Woche noch einmal sehr deutlich in der Fraktionssitzung - davon ganz bewusst distanziert und dafür plädiert, sich auf diese Form der Auseinandersetzung nicht einzulassen. In seiner Rede anlässlich der Vertrauensfrage hat er völlig zu Recht die Schwächen der Ampel offengelegt und Olaf Scholz die Führungskompetenz abgesprochen. Aber gleichzeitig hat er auch zugesagt, selbstverständlich keinerlei persönliche Angriffe zu führen, sondern allein sachlich zugunsten unserer Überzeugungen zu streiten. Ich wünsche mir, dass sich alle anderen Parteien daran ein Beispiel nehmen und wir so einen fairen Wahlkampf erleben werden.

DIE BILANZ DER AMPEL

Die Bilanz der Ampel ist mit knappen Worten zusammenzufassen: Die Bilanz ist ungenügend. Das zieht sich über viele Bereiche hinweg. Einige von ihnen möchte ich nachstehend exemplarisch darstellen:

Wirtschaft: In der Geschichte der Bundesrepublik gab es nur ein einziges Mal zwei Jahre in Folge eine derart schwache Wirtschaftslage, und das war unter Gerhard Schröder (der darauf seinerzeit reagiert hat). So jagt eine Hiobsbotschaft aus der Wirtschaft gerade die andere. Die Krise trifft nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch die verarbeitende Industrie, die Chemieindustrie, Handel und Gewerbe. Die schlechte Auftragslage, die hohen Energiepreise, die überbordende Bürokratie und politische Unklarheit beeinträchtigen nachdrücklich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wir müssen hier gegensteuern – beherzt und klar. Wir brauchen ein Moratorium für weitere bürokratische Lasten. Wir brauchen Anreize für Unternehmen. Und wir brauchen klare Motivationsmechanismen, die arbeitsfähige Bürgerinnen und Bürger wieder in Lohn und Brot bringen. All dies haben wir in den Debatten der letzten Monate immer wieder, zuletzt auch in dieser Woche nochmals, sehr deutlich gemacht und auch im Wahlprogramm herausgestellt. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne gesunde Wirtschaft ist Vieles nicht möglich.

Energie: Energiekosten von kurzfristig bis zu 1 EUR pro Kilowattstunde haben uns in den letzten Tagen erschüttert. Was stark schwankende Energiepreise für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber insbesondere für die Industrie bedeuten, liegt auf der Hand. Die Ampel hat drei Kernkraftwerke und vier Kohlekraftwerke stillgelegt, die für die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung offenkundig notwendig waren. Für einen Ersatz, um die Versorgungslücke zu schließen, hat die Ampel nicht gesorgt. Von den dringend notwendigen

EINBLICKE



Mein Berliner Team und ich wünschen Ihnen frohe und gesegnete Weihnachten.



In dieser Sitzungswoche fand auch die letzte Sitzung des Stephanuskreises in diesem Jahr statt. Gemeinsam haben wir ein Resümee der vergangenen Jahre gezogen und uns über den Ausblick auf die Zukunft der Religionspolitik unterhalten.

Gaskraftwerken als Überbrückungstechnologie ist keines in der Planung wirklich vorangekommen, geschweige denn genehmigt. 365 Tage im Jahr brauchen wir als Industrieland und drittgrößte Volkswirtschaft der Welt Strom – und das zuverlässig und kostengünstig. Um nicht missverstanden zu werden: Ganz explizit setzen wir uns als Union für den Ausbau der regenerativen Energien ein. Wind und Sonne sind die Zukunft der klimaschonenden Energieversorgung unseres Landes. Und sicher muss ihr Ausbau noch ambitionierter vorangetrieben werden – aber nicht ideologisch und unter unrealistischen Annahmen, sondern mit Rücksicht auf die tatsächlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft. Nur so weit wir über eine geeignete Infrastruktur inklusive Stromspeicher eine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten, können wir andere Energiequellen schrittweise zurückführen. Es kann aber nicht angehen, dass Deutschland zukünftig die Produktion, das Kochen oder Waschen allein am Vorliegen von Strom orientiert. Derlei Energiemangelbewirtschaftung kann und darf nicht unser Anspruch sein.

Sicherheit: Olaf Scholz ist zu Recht für seine Zeitenwende-Rede nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gelobt worden. Das war eine schnelle und deutliche Reaktion auf die zu erwartenden Folgen eines eklatanten Bruchs des Völkerrechts auf unsere europäische Friedensarchitektur und Wirtschaftsbeziehungen. Allen – und auch aus dem Wahlkreis habe ich diese Rückmeldungen erhalten – war klar, dass in unserem Land nicht alles einfach so weiter gehen kann und dass die Pläne aller Politikbereiche auf den Prüfstand müssen. Umso mehr muss uns enttäuschen, dass die Ampel diesen großen Worten keine Taten hat folgen lassen. Immerhin hat es Konsequenzen für die Verteidigungspolitik gegeben. Halbherzig: Die adäquate technische und finanzielle Ausstattung der Bundeswehr ist nicht verstetigt worden. Das auch mit Unterstützung der Union aufgesetzte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro wurde jedenfalls in Teilen zweckfremd eingesetzt, indem beliebige Ausgaben als vermeintliche Verteidigungsausgaben deklariert wurden. Auch bei der Unterstützung der Ukraine agierte Olaf Scholz inkonsequent. Er propagierte eine kraftvolle Unterstützung, aber jede einzelne Lieferung und jede einzelne Unterstützungshandlung musste ihm dann abgenötigt werden. Eine engagierte europäische Verteidigungspolitik fehlt gänzlich. Und die bei aller Sympathie wenig überzeugend operierende Christine Lambrecht hat er erst nach Monaten der Kritik fallen lassen. Sicherheit und Freiheit sind Grundvoraussetzungen für einen freiheitlich-demokratischen Staat – sie müssen

dementsprechend oberste politische Priorität haben. International hat die Bundesrepublik durch das zögerliche und schwer zu berechnende Verhalten des Kanzlers deutlich an Reputation verloren.

Finanzen: Die Ampelkoalitionäre haben einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt, den Haushalt 2024 nicht decken können und sind am Haushalt 2025 letztlich gescheitert. Schon jedes Scheitern für sich genommen wäre Grund genug für das Ende einer Koalition. Eine derartige verfassungsrechtliche Klarstellung mit Ansage zu erhalten, wie sie die Ampel im vergangenen Jahr durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts serviert bekommen hat, sollte den Gesetzgeber zum Umdenken animieren. Bei der Ampel jedoch Fehlanzeige. Losgelöst von den rechtlichen Rahmenbedingungen müssen wir bei der Haushalts- und Finanzpolitik an zukünftige Generationen denken. Die Lösung der Schuldenbremse zu fordern, nur um nicht Prioritäten setzen zu müssen, ist unverantwortlich. Die Ampel jedoch veranstalte eine Haushaltspolitik auf Kosten der Zukunft. Bloß konsumtive Ausgaben stärken weder die Infrastruktur noch die Sicherheit unseres Landes. Zukunftsinvestitionen sehen anders aus. Wir müssen wieder lernen, dass Geld zuerst erwirtschaftet werden muss, bevor es ausgegeben werden kann. Sondervermögen sind Sonderschulden und ein Ballast für die Zukunft, den wir nur ganz ausnahmsweise auf uns nehmen dürfen.

Soziales: Die Finanzpolitik findet sich spiegelbildlich in der Sozialpolitik wieder. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind entscheidend für unser gesellschaftliches Miteinander. Die soziale Marktwirtschaft ist Grundlage unseres Wirtschaftsystems und sie zielt zu Recht darauf ab, denjenigen in unserer Gesellschaft zu helfen, die und solange sie sich nicht selbst helfen können. Soweit, so klar. Der Staat darf aber nie in die Verlegenheit kommen, das Nichtarbeiten so attraktiv auszugestalten, dass für die Menschen in unserem Land es attraktiver ist, allenfalls schwarz oder gar nicht arbeiten zu gehen. Was für das Berufsleben gilt, kann auf freiwilliger Basis auch während der Rente gelten. Aber Anreize der Ampel für Menschen, auch über das gesetzliche Renteneinstiegsalter hinaus zu arbeiten, sind Fehlanzeige. Dabei wäre das ein großes Potential. Wir als Union haben das erkannt und sichern im Wahlprogramm zu: Jeder, der nach Eintritt in die gesetzliche Rente weiterarbeiten möchte, kann dies tun - steuerfrei für bis zu 2.000 EUR pro Monat, also bis zu 24.000 EUR pro Jahr.

Familie: Auch in der Familien- und Gesellschaftspolitik hat mich die Ampel in so mancher Phase irritiert zurückgelassen. Nicht zuletzt die gegenwärtig von den Ampelparteien geradezu forcierte Abschaffung des § 218 StGB (Strafbarkeit des

Schwangerschaftsabbruchs) und die vorgeschlagene Neuregelung erachte ich für einen folgenschweren Fehler. Danach sollen Abbrüche zukünftig bis zur 12. Schwangerschaftswoche, sofern sie nicht gegen den Willen oder Wissen der Schwangeren erfolgen, rechtmäßig werden; die bisherige Wartefrist nach der Beratung soll abgeschafft werden. Während einer Schwangerschaft sind das Leben der Frau und das des Kindes, das im Leib der Mutter – *als* Mensch, nicht *zum* Menschen – heranwächst, zwei Leben miteinander verbunden. So können zumal im Falle einer ungewollten Schwangerschaft die Rechte der Frau und des ungeborenen Kindes in Konflikt geraten. Die schwangere Frau hat ein Recht auf Achtung ihrer Menschenwürde und ihres Persönlichkeitsrechts, das ausdrücklich auch ihre Selbstbestimmung über ihre persönliche Lebensgestaltung umfasst, sowie ihres Rechts auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit. Demgegenüber hat das Bundesverfassungsgericht betont, dass aus dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit eine staatliche Pflicht zum Schutz auch des ungeborenen Lebens jedenfalls ab dem Zeitpunkt der Nidation erwächst. Dieser Lebensschutz ist mit den Grundrechten der Schwangeren in einen verhältnismäßigen Ausgleich zu bringen. Die aktuelle Regelung des § 218 StGB bietet meiner Meinung nach einen vertretbaren Kompromiss, in dem Frauen in solchen Situationen nicht allein gelassen werden und zugleich die Rechte des ungeborenen Kindes Gehör finden. Insofern besorgt mich die Argumentation der Antragsteller, die die Abwägung zugunsten von Selbstbestimmungsrechten der Frau und zu Lasten der Rechte des ungeborenen Lebens verschieben. Es zeigt für mich paradigmatisch, wie SPD und Grüne mit den Schwächsten unserer Gesellschaft umgehen.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 20.12.2024

WEIHNACHTEN

>>Ein frommer Zauber hält mich nieder,
anbetend, staunend muss ich stehn,
es sinkt auf meine Augenlider,
ich fühl's, ein Wunder ist gescheh'n.<<

(Auszug aus „Weihnachtsfest“, Theodor Storm, 1817–1888)

Liebe Leserinnen und Leser,

bei den vielen Herausforderungen in diesen Tagen erscheint uns Weihnachten womöglich noch fern. Besinnliche Weihnachtsstimmung will bei den Botschaften aus der Ukraine, dem Nahen Osten, aber auch aus den USA nicht unmittelbar aufkommen. Und doch gilt die zentrale Botschaft, die uns die Bibel auf den Weg gibt: „Denn ein Kind ist uns geboren, ein Sohn ist uns geschenkt.“ (Jesaja 9,6). Jesus von Nazareth wurde nicht in ein Schlaraffenland geboren. Er kam nicht in einem Palast zur Welt – sondern in einer einfachen Herberge im gefühlten Nirgendwo in einer von Rom weit entfernten Provinz. Und gerade darin zeigt sich die Größe dieses Festes, das den Blick von allem allzu Weltlichen auf das Wesentliche richtet.

Während sich das Jahr 2024 dem Ende zuneigt, lohnt es sich innezuhalten und auf die vielen Höhen und Herausforderungen zurückzublicken, die es uns gebracht hat. Ein Jahr, das sicherlich für uns alle von besonderen Ereignissen, aber hoffentlich auch von wertvollen Erfahrungen geprägt war. Inmitten der Mühen und Anstrengungen dieses Jahres habe ich viele Momente der Freude und des Wachstums erleben dürfen – sowohl im Politischen als auch im Persönlichen. Für all das – die Begegnungen, die vielen Gespräche und das Miteinander – bin ich besonders dankbar. In diesem Jahr möchte ich diese frohe, vorweihnachtliche Zeit daher nutzen, und mich von Herzen bei Ihnen für Ihre Treue und Ihr Vertrauen zu bedanken.

Weihnachten ist für uns Christen nicht nur ein Fest der Freude, sondern auch eine Zeit des Innehaltens und der Besinnung. Es erinnert uns an die Geburt Jesu Christi, der als das wahre Licht in diese Welt gekommen ist, um uns Hoffnung, Frieden und Liebe zu bringen. Möge dieses Licht in Ihrem Leben erstrahlen und Ihnen in der besinnlichen Zeit der Weihnacht Trost, Freude und Gottes Segen schenken.

Zusammen mit meinem gesamten Team wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest. Möge der Herr Sie in dieser heiligen Zeit behütend begleiten und Ihnen ein neues Jahr voller Frieden und Hoffnung schenken.

Herzlichst – Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke